

# Die Klimmeiße

# Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amelie“ beträgt für In- u. Auslands-  
bezieher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Expd. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2—3.  
• Fernrufnummern: Berlin West Wilhelm 4952 und 8849. •

Janet: Wie zum Gezen und dann? Du selber kein Gezen werden  
\*\*\*\*\* Wie Menschen Glied füllst du ein Gezen Dich an \*\*\*\*\*

Jäserate: Die 6 spalt. Petition wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin III. Kiepen. Charlottenburg.

# Die soziale Bewegung im Deutschen Reich 1924.

**Arbeitslosigkeit. — Arbeitszeit. — Arbeitskämpfe. — Die Lohnlage. — Sozialpolitik. — Organisationsfragen.**

Die soziale Bewegung Deutschlands war im Jahre der Stabilisierungskrise von 2 Fragen beherrscht: von der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit. Nach der Stabilisierung der Mark ging die Arbeitslosigkeit, die nach dem Zusammenbruch der Währung ein ungeheures Ausmaß angenommen hat, etwas zurück; war aber am Anfang des Jahres immer noch ungeheuer groß. In den folgenden Monaten nahm die Arbeitslosigkeit in den unbefestigten Gebieten langsam ab. Die Rentenmarktkredite flossen in raschem Tempo in die Volkswirtschaft und ermöglichten die Erweiterung der Produktion. Nur waren die Löhne und Gehälter zu dieser Zeit außerordentlich niedrig; der Reallohn betrug kaum die Hälfte des Vorkriegsreallohnes. Der während der Inflation zurückgedrängte Bedarf nach Bekleidungsartikeln usw. machte sich dennoch geltend. Im Frühjahr gab es in der Textil- und Schuhindustrie bereits eine Konjunktur. Die in den Monaten Februar-April erfolgten Lohn- und Gehalts erhöhungen haben die Nachfrage nach Waren verstärkt. Die Wiederbelebung der Eisen- und Stahlindustrie erfolgte langsamer, aber auch hier wurden im Monat April bereits 80 bis 90 Proz. der Leistungsfähigkeit erreicht. Um größten war die Arbeitslosigkeit im Bergbau, wo die Folgen des passiven Widerstandes noch nicht überwunden waren. Der Aufstieg dauerte aber nur einige Monate. Infolge der Geldknappheit und der hohen Preise stellte sich die Krise wieder ein. Im Mai sank noch die Arbeitslosenziffer, die Kurzarbeit hat sich jedoch in diesen Monaten bereits erhöht. Im Juli haben die Fachverbände über 13,8 Proz. Vollarbeitslose und 29,4 Proz. Kurarbeiter berichtet. Im August erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft war auf Kurarbeit gestellt. Die Annahme des Londoner Abkommen hat nur sehr langsam eine Belebung des Beschäftigungsgrades herbeigeführt. Auch diesmal begann die Besserung bei der Textil- und Schuhindustrie, später griff sie auf die Holzindustrie über. Am spätesten zeigte sich die Belebung des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie. Am Schluss des Jahres war aber auch in diesen Industrien eine beträchtliche Steigerung der Beschäftigung zu verzeichnen. Sogar das Baumgewerbe, das das ganze Jahr hindurch dauerberstag, zeigte zum Schluss des Jahres einen unerwarteten Aufschwung.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zuzeiten Millionen Arbeiter und Angestellte dem Elend preisgegeben hat, stellte den Staat und die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vor schwere Aufgaben. Der Staat hat bei der Lösung der Arbeitslosenfrage versagt; er konnte den Arbeitslosen keine Beschäftigung verschaffen. Die Sorgen um die Aufrechterhaltung der Währung haben ihn von der Ausführung grosszügiger öffentlicher Arbeiten zurückgehalten. Die Notstandsarbeiten der Gemeinden waren geringfügig und mit großen Härten für die Notstandsarbeiter verbunden. Die Arbeitslosenunterstützung, die seit der Stabilisierung nicht mehr vom Staat, sondern von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wurde — das Reich hat nur Zuschüsse gewährt — war außerordentlich gering (55 bis 70 Pf. im Tag) und reichte zur Lebensführung bei weitem nicht aus. Seit März wurden die Kurzarbeiter überhaupt nicht mehr unterstützt. Erst im September erfolgte die geringe Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (in Berlin auf eine Mark für den ledigen männlichen Erwerbslosen); auch wurde die Unterstützung der Kurzarbeiter unter Umständen wieder ermöglicht. Deshalb war die Belastung der Wirtschaft durch die Erwerbslosenfürsorge

## Gewerkschaftsbewegung und Aufstieg.

Der „Krisis der Arbeiterbewegung“ hat der Breslauer Professor Eugen Rosenstock eine Broschüre gewidmet. Die Gewerkschaftsbewegung kann nach ihm keine durchschlagende Zielsetzung geben. Sie ist in ihr Schicksal verstrickt. Sie ist sogar eine Erscheinung im „Untergang des Abendlandes“

Ist die freie Gewerkschaftsbewegung diese Verfallsschichtung? Ist der Tag gekommen, wo die Aufgabe, die zu lösen ist, „in die Hände der Unternehmerschaft zurückgelegt wird“, wie Prof. Misenhof verkündet?

Wenn man liest, was Rosenstock von einer Organisation, der die Zukunft gehört, verlangt, dann scheint es unsfassbar, daß solche Organisation die der Unternehmer sein soll.

Lebendige Zukunft wird nämlich — und darin hat Prof. Rosenstock völlig recht — nicht errungen, wo nur Disziplin herrscht. Die Disziplin muß erfüllt sein von frischem Kulturgeist und von strebender Seele. Rosenstock sagt ganz recht, daß das fremde Wort Struktur deutlicher sagt, was nötig ist und was uns nach Rosenstock fehlen soll. „Struktur ist nämlich“, sagt Rosenstock, „Ordnung lebendiger Glieder zu einem Bau, in dem jeder Mensch — lebensvoll und verwandlungsfähig wie eine Seele ist — vom Geist ganz umgeschmolzen und ganz eingeschmolzen wird zu einer einzigartigen Bestimmung und Leistung.“

Aber das soll die „Struktur“ des Unternehmertums sein? Das wird außer Prof. Rosenstock niemand glauben. Aber wohl fühlen wir in uns diesen lebendigen Geist. Wer jedoch mit nüchternen Augen nur unseren äußeren Zusammenschluß sieht und mit kaltem Hirn nur unsere organisatorische Arbeit erkennt, der merkt nichts von der Kulturseele dahinter, die nur mitzufühlen und zu erleben ist. Die Tat, das Opfer, die Solidarität, geboren aus einem glühenden Glauben an ein Neues, Besseres, Höheres, sind der lebendige Beweis dafür, daß die freie Gewerkschaftsbewegung von strebenden Hirschen und davon war men Herzoei betrogen ist. Die Seele unseres Kampfes ist ein freudiger Kulturglaube, der da sogar so stark ist, daß er die Verwirklichung dieser Kultur nicht auf einem neuen wirtschaftlichen Boden zu erkennen vermag. Wo solch revolutionäre Geistigkeit vorhanden, da ist die Zukunft, aber wahrhaftig nicht und nie und nimmer beim Unternehmertum, das nichts, aber auch gar nichts als seine selbstländigen Interessen.

trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering; sie betrug für das Jahr gegen 220 Millionen Mark. Zu der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter gesellte sich der Abbau der Beamten — über 400 000 Beamte wurden abgebaut — und der Angestellten. Vor allem haben die Banken ihre Beamten abgebaut. Es wurden im Laufe des Jahres 150 000 bis 200 000 Bankbeamte entlassen. Auch die Industrie und der Handelschichten zu Massenkündigungen. Die Absindungssummen waren, insofern solche gezahlt wurden, ganz geringfügig. Die Erwerbslosigkeit dieser breiten Schichten bleibt ein schweres Problem der Zukunft.

Die zweite Frage, die im Vordergrund der sozialen Bewegung stand, war die Arbeitszeit. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1928 hat bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages eine fast unbeschränkte Arbeitszeitverlängerung ermöglicht. Die Verordnung selbst bestimmt eine große Anzahl von Ausnahmen von dem Achtstundentag; die Arbeitszeit kann aber durch Tarifvertrag in der Regel auf zehn Stunden, unter Umständen noch weiter ausgedehnt werden. Es entbrannte ein schwerer Kampf um die Tarifverträge. Die Machstellung der Unternehmer war nach der Stabilisierung außerordentlich gestärkt. Die große Arbeitslosigkeit auf der einen, der finanzielle Zusammenbruch der Gewerkschaften auf der anderen Seite hat die Front der Arbeitnehmer sehr geschwächt. Die Organe des Staates haben zwar die ärtesten Missstände zu verhindern gesucht, im übrigen gerieten sie in dieser Zeit oft in das Fahrwasser der Reaktion. Die Unternehmer wollten im Bewußtsein ihrer Obermacht sich den Schiedssprüchen nicht unterwerfen, trotzdem diese in der Regel wesentliche Arbeitszeit erhöhungen bestimmten. Sie wollten die Bedingungen einseitig dictieren, vor allem aber die Tarifverträge und damit auch den Einfluss der Gewerkschaften beseitigen. Es mußte ein schwerer Kampf auf verschiedenen Fronten geführt werden: für die Erhaltung der Tarifverträge, gegen die Sabotage der Unternehmer bei den Schiedssprüchen, gegen die Härten der Schiedsgerichte selbst, besonders über für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages. Die Arbeiterschaft wollte den Achtstundentag nicht preisgeben, und wenn sie sich auch der Arbeitszeitverlängerung nicht verschließen konnte, so forderte sie die Anerkennung der Tatsache, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur als Ausnahme bestehen, und nach Aushören der besonderen Umstände bestätigt werden müsse. Auch um die Bezahlung der Überstunden mußte gekämpft werden. Eine Anzahl großer Arbeitskämpfe wurden im Bergbau (für die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundenschicht), in der Metall- und Werftindustrie, im Baugewerbe usw. lange Zeit hindurch und mit schwerer Unterbindung der Produktion geführt. Nach der Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben Mitte Mai ungefähr die Hälfte der von ihm erfaßten zweieinhalb Millionen Arbeiter 48 Stunden in der Woche gearbeitet; der Achtstundentag konnte am meisten im Bau- und Holzgewerbe und in der Schuhindustrie gehalten werden. In der Metall- und Textilindustrie sowie in der chemischen (Papier-) Industrie war die Arbeitsverlängerung am größten, in der Regel über 54 Stunden. Seitdem blieb die Lage ziemlich unverändert. Für die Hüttenarbeiter soll die Arbeitszeit demnächst auf dem Verordnungswege herabgesetzt werden. Neben dem Kampf für die tarifvertragliche Arbeitszeit wurde die Forderung nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gestellt.

Nur das Volk ist nach Goethe „das Depot, aus dem sich die Kräfte der sinkenden Menschheit immer wieder ergänzen und auffrischen“. Und wer darum im Volke, wie es sich im Gewerkschaftslampe verbunden hat, keine Zukunft mehr sieht, dem ist die Zukunft überhaupt verschlossen, der beweist nur, daß er selber ein sterbendes Glied am wachsenden Baume der Zukunft ist.

## Ein Jahr der Festigung.

Bei Beginn des zu Ende gehenden Jahres sah es für die feinkeramische Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaft sehr trüblich aus. Betriebs einschränkungen standen vor der Tür, Arbeitslosigkeit in Aussicht, und wo dies nicht der Fall war, lagen die Löhne auf einer so niedrigen Stufe, daß damit die Lebensmöglichkeit in keiner Weise garantiert war. Dabei traten die Unternehmer auf, als seien sie die Alleinherrscher im Reich der Arbeit. Und mit jedem Tage verdüsterte sich die Lage, die Not wurde größer, das Elend trassier, die Arbeiter schwächer, mürriger und widerstandsloser, weil die Arbeitslosigkeit wuchs. Einige Fabriken leerten ihre Betrieb still und entließen ihre Belegschaften; ob wirklich die dringende Notwendigkeit dazu vorlag, bleibt dahingestellt. Die Unsicherheit in der feinkera mischen, hauptsächlich in der elektrotechnischen und Porzellanindustrie währte bis zum August-September und hat bis zum Jahresende noch nicht wieder einer guten Konjunktur Platz gemacht; nur die Anzeichen von einer Besserung sind zu erkennen, und es wäre zu wünschen, daß sie im neuen Jahr nicht öllau lange auf sich warten läßt.

Wenn man das Jahr 1924 mit dem von 1923 vergleicht, so ist allerdings ein an sich erfreulicher Umschwung eingetreten, und zwar ein wesentlicher zugunsten der Arbeiterschaft im allgemeinen. 1923 verlor von Monat zu Monat die Arbeiterschaft an Macht und Rückhalt und am Jahresende war ein fast völliger finanzieller Zusammenbruch der Gewerkschaften zu verzeichnen. Die Lage vor einem Jahr war trostlos. Sie hat sich inzwischenapid geändert. Diesen gesunden Zug des Jahres 1924, der sich speziell im letzten Halbjahr bemerkbar macht, feststellen zu können, ist wertvoll für die feinkeramische Arbeiterschaft und bedeutungsvoll für die Zukunft, denn er beweist uns, daß durch Zusammenstehen in geschlossenen Gewerkschaftsorganisationen die Arbeitenden unüberwindlich sind.

Die freien Gewerkschaften haben zu bessern Annahme eine Volksabstimmung vorbereitet. Der neue Reichstag oder, wenn dieser versagen würde, eine Volksabstimmung soll im nächsten Jahre über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden.

über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden. Die Lohnfrage war das dritte soziale Problem, das im Vordergrund der Bewegung stand, der Kampf gegen die Dumpinglöhne, welche die Kaufkraft der Arbeiterschaft im Innern unterbunden haben, im Ausland aber zu manchen der deutschen Ausfuhr abträglichen Maßnahmen führten. Die anfangs des Jahres unerträglich geringen Löhne wurden zwar im Frühjahr erhöht, doch blieb der Reallohn auch zu dieser Zeit stark hinter dem Friedensreallohn zurück. Das Sinken der Preise in den Monaten Mai und Juni, das zur vorübergehenden Erhöhung des Reallohnes führte, hörte bald auf. Auf folge der Wertenerung des Getreides und der Lebensmittel setzte eine Teuerungswelle ein, der kein Ausgleich der Löhne und Gehälter folgte. Die Bezüge der Beamten wurden zwar im Juli erhöht, für die unteren Gruppen der Beamten war jedoch die Erhöhung unbedeutend. Erst gegen Ende des Jahres erfolgte wieder eine kleine Erhöhung des Lohn- und Gehaltsniveaus, was aber nur zum teilweisen Ausgleich der Teuerung diente. Der Kampf um die Erhöhung des Reallohnes muß demzufolge in das nächste Jahr hinaübergetragen werden. Da die Preisabbauaktion der Regierung fehlgeschlagen ist, bleibt ein anderer Ausweg nicht übrig.

Die Belastung der Arbeitnehmer durch hohe Lohn- und Verbrauchssteuern ist eine wichtige soziale Frage, die sich im laufenden Jahre ganz zu ungünsten der Arbeitnehmer gestaltet hat. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung muß der Wiederaufbau dieser während der Inflation fast zusammengebrochenen Einrichtungen als ein großer Erfolg verzeichnet werden. Es gilt jetzt, die sich immer wiederholenden Angriffe der Unternehmer gegen die Sozialversicherung abzuwehren, die Leistungen derselben zu erhöhen und ihre Administration auf dem Wege der Selbstverwaltung auszubauen. Auch werben die Probleme der Auswanderung, die für Deutschland nach Beendigung der Inflation eine wachsende Bedeutung gewonnen hat, die Auswanderfamilie beanspruchen. Die Beibehaltung des *Witterstuhles* mit gleichzeitiger Förderung des *Wohnungsbaues*; durch die Gemeinden und Genossenschaften wird die soziale Bewegung den kommenden Jahren ebenfalls bestimmen.

Um Anfang des Jahres waren die Organisationen der Arbeiter und Angestellten infolge der Verwüstungen der Inflation zusammengebrochen. Infolge der ungeheueren Arbeitslosigkeit in diesem Jahre wurde ihr Mitgliederstand geschmälert. Trotzdem ermöglichte die Stabilisierung den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Ihr Aufgabenkreis hat sich seit der Stabilisierung erweitert. Waren sie während der Inflationszeit fast ausschließlich mit den sich täglich erneuernden Lohnverhandlungen beschäftigt, so können sie sich heute auch der Lösung anderer Fragen zuwenden. Es sei hier auf die Gründung einer Gewerkschaftsbank und einer Instalt zur Förderung des Wohnungsbaues seitens der freien Gewerkschaften hingewiesen. Die mit der Lösung der Reparationsfrage verbundenen manigfaltigen Probleme (Lastenverteilung, Preisgestaltung usw.) werden die Kraft der Gewerkschaften noch für lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Austragung der großen Probleme unserer Zeit, die Verwirklichung der industriellen Selbstverwaltung, wird voransichtlich erst späteren Seiten vorbehalten sein.

Auch wir haben uns als Verband von unserem Tiefstand wieder erholt und können wieder zum Angriff übergehen. Wer hätte dies vor einem Jahr wohl so schnell für möglich gehalten? Nicht nur, daß sich der Verband finanziell zu kräftigen vermöchte, hat er sogar schon wieder eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, und zwar eine stetige. Wir sind als Gewerkschaft über den toten Punkt hinweg, wir entwickeln uns wieder aufwärts, wir erstarken; unser Kampfeswillen wächst, der Kampfesmut steigt, das sind die erfreulichen Tatsachen, von denen wir bei diesem Rückblick berichten können.

Unsere Auswärtsentwicklung macht sich nicht nur in steigenden Mitgliederzahlen und Wachsen des Hauptkassenbestandes bemerkbar, sondern auch im Kampf mit dem Unternehmertum. Nur infolge des Zusammenhaltes des überwiegenden Teiles der feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen war es möglich, die völlig ungenügenden Löhne zu Beginn des Jahres 1924 zu heben und die sonstigen Tarifrechte zu erhalten, trotzdem die Fabrikanten auf jede mögliche Art versuchten, diese zu schmälern oder ganz zu beseitigen. Wie sich die Verbandsstätigkeit in der Lohngestaltung auswirkte, ergeben einige Vergleiche aus den Lohnlisten. Am Jahresanfang betrug die Uffordbasis der über 24 Jahre alten Facharbeiter 46,61, 42,60, 40,74 und 29,48 Pf. die Stunbelöhne für über 24jährige Facharbeiter nach Lohnliste B 43,78, 39,44, 38,26 und 27,08; ab 9. Juni waren die erstgenannten Sähe auf 63, 56, 54 und 53, und die zweiten auf 58, 52, 50 und 48 erhöht, und sind inzwischen ab 1. Dezember auf 71, 63, 59 und 58 nach A und 65, 58, 55 und 53 nach B gestiegen. Diese Steigerungen konnten nur durchgesetzt werden, weil der Verband dafür kämpfte und den Rückhalt der feinkeramischen Arbeiterschaft darstellte. Sie traten nicht ein in jenen Betrieben, wo die Belegschaften nicht im Verbande organisiert waren, ein Beweis, daß die Unternehmer nichts freiwillig tun und erst von den Arbeitern dazu gezwungen werden müssen. Und trotzdem kommen jene unter den Tariflöhnen arbeitenden Belegschaften nicht zur Einsicht und schließen sich dem Verband an. Sie haben sich nämlich die irrite Meinung in den Kopf gesetzt: der Verband soll erst für sie höhere Löhne vereinbaren, dann wollen sie sich wieder organisieren. Diese Ansicht ist Unsan, und die organisierte Kollegenschaft, also der Verband, wäre töricht, wenn er solchen Egoisten helfend beispringen würde. Der Verband ist kein Automat, in dem man 10 Pf. hineinstecht und für 1 Pf. Leistung herausnimmt, sondern eine Vereinigung von Kollenden, die erst daran zu bringen beginnen und kann.

schlossenheit dann vorgeben, event. auch ohne Unterstützung könnten, wie es im Frühjahr in einigen Fabrikstädten der Fall war, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Gerade die trostlosen und ungenügenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betrieben ohne gewerkschaftliche organisierte Verbandsmitglieder zeigen uns drastisch, wie schlecht es mit der leinferramischen Arbeiterschaft steht, wenn sie in der isolierten vergangenen Zeit den Verband nicht gehalten und weiter entwidelt hätte. Das nach vor allem den Frauen und Mädchen wogehalten werden, bis in der schwierigsten Zeit unter allerlei faulen Ausreden die Organisation verlassen haben.

Hierin muss wieder eine Besserung eintreten. Die bewussten Geister sind zu beschreien und wieder für Gewalt zu sorgenlich zu machen. Die gemachten Erfahrungen werden dabei gute Dienste leisten.

Im verflossenen Jahr verhandelte der Verband für die organisierte Volksgruppe dreizehnmal mit dem organisierten Unternehmer und kein einziges Mal kamen freie Verhandlungen zustande, die ein Ergebnis gezeitigt hätten; stets mussten mit Hilfe eines Schiedsgerichts Vereinbarungen getroffen werden. Dreimal wurde wegen des Arbeitsabkommen, zweimal wegen Urlaubsfragen, einmal wegen Besafungsgeklage und siebenmal wegen Lohnforderungen verhandelt.

Auch von Kämpfen wurde der Verband nicht verschont. Wegen der Arbeitszeitfrage traten im März die Mitglieder einiger Fabrikstädte in den Kampf, und außerdem waren eine Anzahl Belegschaften, trotz tariflicher Vereinbarungen, gegenwegen ungenügender Entlohnung in den Streik getreten. Und erst in den Novemberwochen kam es wieder wegen des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer zu Arbeitsstillungen, worauf die organisierten Fabrikanten die Aussprache für eine Anzahl böhmischer Betriebe aufzündeten.

Man erzieht daraus, wie bewegt das Jahr 1924 sich für unseren Verband gestaltet, und wie stark er den Arbeitern und Arbeiterinnen behilflich war, ihr ihnen von den Unternehmern zugeschobenes trauriges Los zu mildern. Ab 1. Oktober fand er das in noch weitgehenderem Maße, weil ab diesem Zeitpunkt die Unterhaltungseinrichtungen wieder in Kraft traten und für manchen Kollegen und manche Kollegin eine Linderung in bedrängter Lage brachten.

Alles in allem geht aus den Darlegungen hervor, wie sich unsere Gewerkschaft, trotz aller Anstrengungen der Unternehmer, zu schämen vermochte.

Wir wollen nun alles daran setzen, um die Gleichung und den Aufstieg zugunsten unserer Mitglieder weiter zu fördern, damit wir recht bald dahinkommen, daß wir in vollem Maße das erkämpfen können, was fast allen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben vorzuhalten wird.

Selb nicht möglich. Stärkt den Verband. Er ist einer Hoffnung und Rückhalt auch in Zukunft!

## Werkbeurlaubung.

Unser Arbeitsrecht ist durch einen neuen Nachbarsdruck bereichert worden: die Werkbeurlaubung. Man versteht darunter daselbe, was früher unter dem Namen Auszeichen bekannt war. Wenn in einem Betriebe die Arbeit knapp wird, greift der Unternehmer nicht immer gern gleich zur Entlassung. Heute oft wird zunächst berücksichtigt, über die Zeit der Krije dadurch hinwegzukommen, daß Arbeitskräfte eine bestimmte Zeit ausscheiden. Manchmal geht das Auszeichen reibum.

Damit kann unter Umständen beiden Seiten gedient sein, dem Unternehmer und den Arbeitern. Der Unternehmer behält die eingearbeiteten Kräfte, und die Arbeiter haben Aussicht, nach einiger Zeit wieder Beschäftigung und Verdienst zu haben. Sie bleiben in dem Betriebe, in dem sie eingewöhnt sind und in dem sie manchmal, nach längerer Tätigkeit, Anspruch auf Urlaub, höheren Lohn, höhere Leistungen der Betriebskrankenkasse usw. haben. Das wechselseitige Auszeichen ist unter Umständen für den einzelnen auch weniger fühlbar als Arbeitslosigkeit von langer Dauer.

Das eben Gesagte trifft aber nur dann zu, wenn es sich um ein Aussehen der Arbeit von nur wenigen Tagen, schlimmstens von nur wenigen Wochen handelt. Ein längeres Auszeichen für die davon betroffenen größeren Schädigungen im Geiste habe ich, als Entlassung. Das ist dann der Fall, wenn bei Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt wird, die ausschließenden Arbeitsmarkten in der Regel nicht gewährt wird, und wenn der Berberlaubende nach einiger Zeit des Auszeichens die Arbeit verliert, sei es dadurch, daß er entlassen wird, sei es dadurch, daß er selber geht.

Zu der gegenwärtigen Zeit sind solche Fälle häufig. Zunächst gleicht der Unternehmer wohl selber, daß er diejenigen Männer und Frauen, die er aussetzen läßt, die werkbeurlaubt werden, wie es jetzt heißt, nach einiger Zeit wieder einzufinden kann, und auf die Werkbeurlaubten haben diese Hoffnung, und sie klammern sich an sie. Sie bemühen sich deshalb während des Auszeichens nicht um andere Arbeit. Hierzu veranlaßt sie freilich oft genau einmal die gegenwärtige trostlose Lage des Arbeitsmarktes, es voraussetzt sie dazu aber oft genug auch die Rücksicht der Bindung an die bisherige Arbeitsstelle. Man will die Unternehmer nicht gern wissen lassen, daß man sich nach anderer Arbeit umsieht. Dadurch verzichtet der Berberlaubte aber auf Erwerbslosenunterstützung; denn die Voraussetzung für den Anspruch auf Unterstützung ist bekanntlich, daß sich Berberlaubte, wie jeder andere Arbeitlose, in den vorgezeichneten Krisen auf dem Arbeitsnachweis melden und sich in jeder Beziehung den für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung vorgeschriebenen Bedingungen fügen, die Berberlaubte nicht erfüllen können, die das Arbeitsverhältnis zum bisherigen Arbeitgeber nicht lösen, und insbesondere ihre Posten von diesem nicht abschaffen wollen.

Dann die Berberlaubung nur kurze Zeit, so erwacht den betreffenden Unternehmern daran, ja auch geringerer Schaden, als wenn sie viele Wochen, ja Monate hindurch sich als solche Arbeitlose mit dem geringen Erwerbslosenunterstützung beliefert wüssten. Deshalb ist es durchaus zu befürchten, daß die Arbeitnehmer im allgemeinen gern auf den Vorwurf eingehen, eine kurze Zeit auszusezen, trüg der Auszähler, in dieser Zeit keine Einsparung zu haben. Nicht selten sind in den letzten Monaten übrigens Arbeiter und Arbeiterinnen für Berberlaubung eingetreten, um Entlassungen zu verhindern, nicht allein aus dem Grunde, um sich nach Möglichkeit die Berücksichtigungen zu erhalten, die ihnen nach längerer Tätigkeit im Betriebe erwachsen.

Aus der Berberlaubung aber kann den Arbeitnehmern jenseits längerer Schaden entstehen, in erster Linie dann, wenn aus der Berberlaubung nach einiger Zeit genauso eine Arbeitslosigkeit wird. Diese Fälle treten eintritt haben, daß der Berberlaubte die Zeit zu lang wird und die Auszähler wieder im Betriebe beschäftigt zu werden, zu wenig Arbeit, und bezüglich des Arbeitsverhältnisses löst und sorgt dafür, daß der Arbeitgeber nach einiger Zeit der Berberlaubung den Arbeitnehmer entlässt. Sodann der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis, dann muß er von diesem Zeitpunkt an noch vier Wochen warten, ehe er Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung hat. Gewissenlosen Unternehmern ist dadurch günstige Gelegenheit gegeben, Arbeitnehmer ihrer Wünschen gefügt zu machen. Je länger die Zeit der Berberlaubung dauert, desto größer wird beträchtlicherweise in der Regel das Verlangen nach Arbeit und Verdienst, selbst wenn die Arbeitsbedingungen keine günstigen sind. Es ist natürlich begreiflich, daß in solchen Fällen sogar Angriffe der Arbeitnehmer zu schlechteren als den üblichen Bedingungen erfolgen.

Berberlaubte Arbeitnehmer werden deshalb lange jürgen und es sich sehr überlegen, ehe sie dazu übergehen, das Arbeitsverhältnis von sich aus zu lösen, wodurch sie einige Zeit aussetzen müssen. Werden sie nach einiger Zeit der Berberlaubung entlassen oder wird die endgültige Lösung des Arbeitsverhältnisses in Aussicht gestellt, wenn sie auf den Wünschen des Arbeitgebers folgen, so werden bestehenden Arbeitnehmern nach der Regel zur Weise von Ansprüchen aus Tarifverträgen, Verabredungen und Gesetzen usw. auftreten. Die Erfahrungen zeigen doch aber, daß in diesen starken Rechtsangeboten von Arbeitsträgern von diesen recht oft auf die Geltendmachung solcher Maßnahmen verzichtet wird, um nicht unabkönnen zu werden. Sie führen sich oft genau lieber den Bedingungen, um wenigstens etwas zu haben.

Für die Unternehmer sind Werkbeurlaubungen ein sehr gutes Mittel, um sich eingearbeitete Kräfte zu halten, ohne daß es sie etwas kostet. Sie kommen dadurch auch um die Verpflichtungen nach um die Kontrollen herum, die durch die Entlassungsverordnung entstehen, wenn sie ihren Betrieb durch Entlassung von Arbeitskräften einschränken wollen. Die Werkbeurlaubung wird, wenn sie sich einbürgert, auch ein bequemes Mittel werden, um sich unliebsamer Kräfte "auf gute Weise" zu entledigen, dadurch nämlich, daß man sie wochenlang ohne Verdienst und ohne Verdienst hält in der begründeten Hoffnung: sie gehen dann schon von selber. Daraus entsteht nichts der Beleidigung des Arbeitsministers, daß Werkbeurlaubungen nicht einzig ausgesprochen, sondern nur durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung) oder Einzelvertrag vereinbart werden kann. Daraus ändert auch nichts die beachtenswerten Hinweise von Clemens Wörpel in Nr. 24 der Gewerkschafts-Zeitung 1924 auf die noch folgenden Vereinbarungen den Arbeitnehmern zustehenden Rechte aus Tarifverträgen. Stilllegungsverordnung usw. Man kann sich doch immer vor Augen halten, daß in zahlreichen Fällen Arbeitern und Arbeiterinnen entweder aus Unkenntnis über die event. eintretenden Schäden und über die ihnen auftretenden Rechte, oder im Vertrauen auf die anten Absichten des Unternehmers oder, wie gemacht durch grobe Not, ohne offenen Widerspruch auf Werkbeurlaubung eingehen.

Deshalb kann nicht dringend genug die Arbeiterschaft aufmerksam gemacht werden auf die Gefahren, die ihr aus der geschilderten, immer mehr in Uebung kommenden Art der vorübergehenden und auch dauernden Entfernung von Arbeitskräften aus Betrieben entstehen können und bereits entstanden sind. Es kann vorerst der Arbeiterschaft nicht oft und nicht eindringlich genug immer wieder der gute und begründete Rat gegeben werden, durch Zusammenhang und durch Aufklärung Gelegenheiten zu schaffen, wirtschaftlichen Schaden von sich abzuwenden und Rechte wahren und geltend machen zu können, die ihnen zustehen. Mit genug wird kollektives Zusammenhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben und in der Organisation das ja den Unternehmern nicht unbekannt bleibt; allein schon genügen, um diese davon zurückzuhalten, aus der Notlage der Arbeiterschaft Vorteile zu ziehen. Gertrud Hanna.

## Vom Arbeiterschutz und seine Durchführung.

Das wichtigste an einem Gesetz sind in der Regel die Wege zu seiner Durchführung. Fehlt es an geeigneten Mitteln, ein Gesetz durchzuführen, bleibt dies ein Stiel Papier, und es liegt im Belieben des einzelnen, sich danach zu richten.

Einen Beweis hierfür bietet die Arbeiterschutzgesetzgebung. Obgleich der gesetzliche Arbeiterschutz die hohe und wichtige Aufgabe hat, die Gesundheit und das Leben der Arbeitnehmer in Gewerbe- und Handelsbetrieben zu schützen, ihnen also ihr in der Regel einzigstes Gut, ihre Arbeitsfähigkeit, möglichst lange zu erhalten, sind die in der Arbeiterschutzgesetzgebung vorgebrachten Maßnahmen zu ihrer Durchführung durchaus unzureichend.

Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung soll erreicht werden durch die Kontrollen der Beamten der Gewerbe- und Handelsaufsicht, die bei Übertretungen der Vorschriften Bestrafungen verhängen können. Die geringe Zahl der Beamten der Gewerbe- und Handelsaufsicht verhindert, daß die Betriebe in auseinanderndem Maße daraufhin beeinträchtigt werden können, ob die Arbeiterschutzgesetz Beachtung finden. Zahlreiche Verstöße gegen den Arbeiterschutz bleiben unentdeckt und deshalb unbestrraft. Die amtlichen Kontrollorgane können also nur zum Teil die Angaben erfüllen, die zur Durchführung des Arbeiterschutzes notwendig sind.

Von den Strafen, mit denen Verstöße gegen den Arbeiterschutz geahndet werden, ist das gleiche zu sagen. Extraten von 3 und 5 M., die häufig von Gerichten bei Verstößen gegen den Arbeiterschutz verhängt werden, reichen nicht gerade zum Innthalten der Vorschriften an. Es ist aber festzustellen, daß die Kritik, die wegen solcher geringfügigen Bestrafungen, bei manchmal schweren Verstößen, von den Gewerbeaufsicht geübt worden ist, dazu beigetragen hat, schwere und wiederholte Verstöße gegen den Arbeiterschutz empfindlicher zu bestrafen.

Zeigt nun droht die Gefahr, daß eine Änderung zum schlechteren eintrete. Nach der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtsplege vom 4. Januar 1924 werden Übertretungen nicht verfolgt, wenn die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, es sei denn, daß ein öffentliches Interesse an der Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung besteht.

Man sollte annehmen, daß Übertretungen der Vorschriften für den Arbeiterschutz, die Gesundheit und Leben der Arbeitnehmer in Gefahr bringen, zu den Fällen gehören, die ein öffentliches Interesse an der Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung beanspruchen können, damit nämlich jordan die Bestimmungen Beachtung finden. Leider aber sind manche Gerichte anderer Meinung. Auf Grund der Verordnung vom 4. Januar dieses Jahres sind bereits Niederschlagungen von Verstößen gegen den Arbeiterschutz erhoben.

Gegen eine herartige Anwendung der betreffenden Verordnung mag vor der Arbeiterschaft schärfster Protest erhoben werden. Man darf nicht ahnen, daß sie frei auszählen, was in die Vorschriften des Arbeiterschutzes nicht einbezogen ist. Ein großer Teil von ihnen dies auch nicht tun. Der Arbeiterschutz ist aber nicht zum Spott geschaffen worden, sondern mit Anstrengungen, die andernfalls beim einzelnen Arbeitnehmer und dem Volksgenossen entstanden wären, zu große sein.

Deshalb können auch die an einem wirklichen Arbeiterschutz interessierten Menschen nicht ruhig zusehen, wie durch Gerichtshof ein wichtiges Volksgesetz unwirksam gemacht wird. Es ist nicht anzunehmen, daß die Organe der Gewerbeaufsicht, die es erfordert, mit ihren Aufgaben nehmen, solche Anwendung der Verordnung widerstreitend hinnehmen werden. Der eventuelle Widerstand der Gewerbeaufsicht darf aber nicht die einzige Gegenmaßnahme gegen die Abweichung der Wirklichkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung sein. Die hauptsächlichste Arbeit muss von den Gewerbeaufsichten geleistet werden, einmal dadurch, daß die Zentralstellen der Verbands, die Vorstände der einzelnen Organisationen sowohl wie auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, von allen Fällen Kenntnis erhalten, wo Niederschlagungen von Anzeigen wegen Verstößen gegen den Arbeiterschutz vorliegen, damit sie an den einflussreichen Stellen mit Material aufwarten können, und ferner dadurch, daß die Gewerbeaufsicht in den einzelnen Betrieben für die Bevölkerung der gezielten Vorschriften für den Arbeiterschutz sorgen.

Das letztere ist natürlich eine Frage des Einstusses der Organisation. Wo diese einen entsprechenden Einfluß geltend

machen kann, braucht uns um die Anwendung der Verordnung auf die Verstöße gegen den Arbeiterschutz nicht lange sehr.

Durch den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer ist schon immer die Hauptarbeit für die Durchführung des Arbeiterschutzes getan worden. Die Gewerbeaufsicht hätte allein diese Arbeit nicht leisten können.

Doch die Verordnung vom 4. Januar d. J. auch auf die Verstöße gegen den Arbeiterschutz angewendet wird in einer Zeit, wo die durch vier Kriegsjahre und durch die sich anschließenden Jahre der Not und Entbehrung körperlich stark geschwächte Arbeiterschaft besonders krankbedürftig ist, istbrigens auch ein Zeichen dafür, wie durch den Rückgang des Einflusses der Gewerkschaftsgruppen der Arbeit in den Konzernen und an anderen eingeschworenen Stellen Arbeitseinteressen in Gefahr geraten.

Gertrud Hanna.

## Ford und Taylor.

Die beiden berühmten Organisationen der Industrie, Ford und Taylor, werden oft miteinander verglichen.

In der „Betriebswissenschaftlichen Monatsschrift“ versucht Frank Mühlau die Unterschiede zwischen den Methoden Fords und Taylors schlagwortähnlich herauszuarbeiten. Seine Gegenüberstellungen weisen sie vielfach auch übertrieben hinweg, verdienen Beachtung. Es kommt in ihnen seine Geringfügung und Verachtung der Taylorschen und seine grenzenlose Bewunderung der Fordischen Methode zum Ausdruck. Wenn man auch dieser Einstellung insbesondere der vorbehaltlosen Verherrlichung der Fordischen Methode nicht unbedingt zustimmen kann, so steht es ohne Zweifel fest, daß erstmals die beiden Methoden grundsätzlich verschieden sind, zweitens die Fordische Methode der Taylorschen zweifellos überlegen ist. Hier folgen einige Gegenüberstellungen:

Bei Taylor liegt das Gewicht auf dem Arbeitswillen des Arbeiters, auf Erfahrung unmöglich, Normierung der Handgriffe, damit das Mindestmaß an Aufwendung von Kraft erreicht wird. Die Neuerungen gehen vom Arbeitsbüro aus; Vorschreiben, Einüben, Überwachen sind die Hauptfunktionen.

Ford strebt dagegen nach der technisch vernünftigeren Gestaltung des ganzen Produktionsprozesses von Rohstoff bis Fertigprodukt. Die Durchbildung des ganzen technischen Vorganges, Ausrüstung des Betriebes, Anordnung, Gliederung und Apparatur sind bei ihm das Wichtigste.

Mit betriebswissenschaftlichen Ausdrücken: Taylor will die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, Ford die Erfahrungswert des Betriebes steigern. Der Fortschritt nimmt bei Taylor vom Büro, bei Ford vom Betrieb seinen Ausgang.

Bei Taylor ist der Arbeiter streng gebunden. Arbeiterschaft ist unvermeidlich. (In diesem Punkt vergibt jedoch Mühlau die berühmten Ruhypothese Taylors.) Der Taylor-Arbeiter hat keine Rüge für den Betrieb und soweit er überbaut ist, Verherrlungsvorschläge machen kann, bezieht sich das nur auf die eigene Handarbeit. Er verrichtet Sicherarbeit; Bestiararbeit und Verzerrung muß er erreichen. Er wird zur Arbeitsmaschine, daher seine Not in dieser seelischen Zwangslage. (Ein Aufstieg hängt von Eignungsprüfungen ab.)

Bei Ford kann der Arbeiter das, was zu tun ist, nach seiner Art tun. Das Werkstück kommt an ihn heran, erfährt seine Bearbeitung und gleitet weiter in einem gleichmäßigen Tempo. Es gibt keine mörderische Arbeiterschaft. Er sieht den ganzen Betrieb, hat davon eine fühlliche Wirkung und kann seine technische Begabung anwenden. (Bei diesem Punkt wurde nicht genug berücksichtigt, daß das Bewegungstempo bei Ford auf gute Durchschnittsarbeiter berechnet ist, weshalb es für andere sehr belastend wirkt und eine große Kostensparung der Konsumenten erforderlich.)

Wichtig ist die Gegenüberstellung in bezug auf die Gesichtspunkte bei der Rentabilität (Erlösgröße) des Betriebes.

Bei Taylor ist die Mehrleistung des einzelnen Arbeiters die Quelle des Gewinnes; die Hälfte des Ertrages der Mehrarbeit wird aber von den Mehrkosten verschlungen, von der verbleibenden Hälfte behält der Unternehmer ungefähr zwei Drittel und ein Drittel verbleibt dem Arbeiter in Form von Lohn erhöhung.

Bei Ford wird die Rentabilität durch die Massenproduktion erreicht. Die Aufwandbelastungen sind stetig, die kleinste Verbesserung bedeutet bei der Kleinerezeugung eine ungeheure finanzielle Erfahrung. Die Möglichkeiten der Verbesserung steigen bei wachsender Produktion in erhöhtem Maße. Der einmalige Aufwand für Produktionsmittel wird dank der Massenproduktion immer eingespart. (Dieses Bild ist absolut stichhaltig, zeigt aber auf der anderen Seite, daß die Fordischen Methoden nur in bestimmten Fällen, wo Massenproduktion in größtem Ausmaß möglich ist, mit großem Erfolg angewendet werden können.)

## Die Konzentrationsbewegung deutscher Unternehmungen.

Das letzte Heft der „Wirtschaftskurve“ der „Frankfurter Zeitung“ stellt die von Anfang August bis Ende Oktober d. J. erfolgte Konzentration und Ausdehnung deutscher Unternehmungen zusammen. Aus der Verfolgung dieser Liste ergeben sich ungefähr die folgenden Feststellungen: 1. Zu den ablaufenden drei Monaten war die horizontale Konzentration, das heißt der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen vorherrschend, insbesondere was die Zahl der Zusammenschlüsse anbelangt. Diese erfolgten vor allem im Bergbau und in der Maschinenindustrie, außerdem in sehr ausgedehntem Maße im Bankwesen, wo eine große Anzahl von Fusionen unter Mittel- und Kleinbanken vollzogen wurden. Auch eine Anzahl von Kreditanstalten für die Kreditförderung der Landwirtschaft haben sich vereinigt, unter anderem haben die Staatsfeuerbank A.G. und die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken ein Abkommen mit der Abgrenzung ihrer Wirkungsbereiche geschlossen. 2. Die vertikale Konzentration schritt durch die Großbetriebe weiter vorwärts. An der Spitze steht die Stumm-Gruppe, die in dieser Periode ihren Machtbereich sehr wesentlich ausgedehnt hat. Die Neuerwerbungen dieser Gruppe erstrecken sich auf die Stahl-, Metall-, Kupfer-, Ölindustrie, außerdem hervorragend auf die chemische und Automobilindustrie. Von den übrigen Konzernen erfolgten zahlreiche Zusammenschlüsse. 3. Die vertikale Konzentration schritt durch die Großbetriebe weiter vorwärts. An der Spitze steht die Stumm-Gruppe, die in dieser Periode ihren Machtbereich sehr wesentlich ausgedehnt hat. Die Neuerwerbungen dieser Gruppe erstrecken sich auf die Stahl-, Metall-, Kupfer-, Ölindustrie, außerdem hervorragend auf die chemische und Automobilindustrie. Von den übrigen Konzernen erfolgten zahlreiche Zusammenschlüsse. 4. Die vertikale Konzentration schritt durch die Großbetriebe weiter vorwärts. An der Spitze steht die Stumm-Gruppe, die in dieser Periode ihren Machtbereich sehr wesentlich ausgedehnt hat. Die Neuerwerbungen dieser Gruppe erstrecken sich auf die Stahl-, Metall-, Kupfer-, Ölindustrie, außerdem hervorragend auf die chemische und Automobilindustrie. Von den übrigen Konzernen erfolgten zahlreiche Zusammenschlüsse.

Michael und Barmat haben sich in dieser Periode im Verhältnis zu den früheren Monaten weniger Unternehmungen angefeindet; Michael im Brückenbau und in der Versicherung (Vom 1. bis 3. Quartal), Barmat in der Textilindustrie. 5. Die Schaffung des Kohlen-syndikats mit der Sonderbehandlung der genossenschaftlichen Betriebe hat durch die ihnen gewährten Verhandlungsrechte die Konzentrationsbewegung gefördert. Daraus ist die Beteiligung der Badischen Anilin- und Soda-fabrik beim Rheinstahl-Konzern und der Übergang der Frankfurter Gasgesellschaft in den Betrieb des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zurücksichtigt. Es sei noch auf die Erwerbung der Magdeburger Bergwerke, deren Beteiligungsziffer am Kohlen-syndikat 700.000 Tonnen im Jahre beträgt, durch die deutsche Erdöl-A.G. verzeichnet. 6. In den letzten drei Monaten wurden viele Fusionen von Handelsgesellschaften aneinander, bzw. Aneignungen von Handelsgesellschaften an andere Betriebe und umgekehrt, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie, in großer Anzahl vorgenommen. Diese Tendenz war bereits in den früheren Monaten stark vorhanden und bilde ein wichtiges Moment in der neuen Organisierung der Industrie und des Großhandels.

5. Von den Auslandsbeteiligungen sind die Gründungen der Sunes-Gruppe in Wien für Südosthandel und Industrie und einer Großhandelsgesellschaft in Riga hervorzuheben. Der mächtige Konzern Shell hat sich die Werke Stern-Sonneborn in Hamburg angegliedert. Eine von der Deutschen Erdöl-A.-G. geführte Gruppe, unter anderem auch die Stern-Sonneborn-A.-G. und die Deutsche Petroleum-A.-G., hat mit dem Russischen Kapital einen Schmierölansatzvertrag abgeschlossen.

## Wirtschaftliches.

Die „Schere“ läuft auf. Die Kästen der Landwirtschaft richten sich daran, daß die Preise der Industrieprodukte im Vergleich zu denen der landwirtschaftlichen übermäßig steigen, so daß die Landwirte von ihrem Erlös ihrer Produkte geringere Mengen Produktionsmittel, die in der Landwirtschaft notwendig sind, kaufen können als vor dem Kriege. Dieser Zustand wurde nach russischem Beispiel als eine „Schere“ bezeichnet, deren Klinge auseinandergehen. Nun fängt aber diese Schere dank der großen Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte an, sich zu schließen, so sie bereits weitgehend geschlossen. Eine lebhafte Auseinandersetzung über die Haftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der „Wirtschaft und Statistik“ (2. Novemberheft) gibt hierüber Beispiele. Im Oktober konnte man mit einem Doppelkettner Mähdrescher bereits um 8 Proz. mehr Maschinen und Geräte, und um 16 Proz. mehr Düngemittel kaufen als vor dem Krieg. Hat der Landwirt Schweine verkauft, so konnte er um den Erlös um 7 Proz. mehr Maschinen und Geräte kaufen wie vor dem Krieg. Bei der Verwertung seiner Milch fuhr er noch besser, er konnte aus dem Erlös viel größere Mengen der für die Milcherzeugung nötigen Zutaten (Honig, Kartoffeln, Rapssamen, Trockenflocken) kaufen als ehedem. Nur bei dem Verkauf seiner Mutter und seiner Kartoffeln konnte er weniger (um 2 bis 40 Proz.) Maschinen und Geräte und etwas weniger Düngemittel sich verschaffen wie vor dem Krieg. Mitte November erfolgte dann eine kleine Senkung der Haftung der meisten landwirtschaftlichen Produkte gegenüber dem Industriekettner; in den darauffolgenden Wochen wurde aber dieser Rückgang wieder ausgeglichen.

## Gewerkschaftliches.

**Die Finanzen der britischen Gewerkschaften.** Es gibt in Großbritannien 1185 Gewerkschaften, von denen 491 Organisationen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 4 368 877 vier Drittel der organisierten Arbeiter offizielle Angaben über ihr Finanzgebaren machen. Trotzdem die Mitgliederzahl dieser 491 Verbände seit dem Kriege nur um circa 1 Million gestiegen ist, haben sich die Eingänge aus Mitgliederbeiträgen laut offiziellen Angaben verdoppelt, d. h. sie betrugen im Jahre 1923 8 Millionen £ster, gegen 4 Millionen im Jahre 1913. Abgesehen von den Verwaltungskosten wurden während der letzten zehn Jahre die höchsten Beiträge für Arbeitslosenunterstützungen ausgelegt. Während sich die Unterstützungssumme im Jahre 1913 auf nur 405 000 £ster. stellte, stieg sie im Jahre 1923 auf 1 084 000 £ster. Die Ausgaben für Arbeitslosenkämme stiegen stark; während sie im Jahre 1913 447 000 £ster. und im Jahre 1923 721 000 £ster. betragen, konnte im Jahre 1921 die Reformhafter von 3 427 000 £ster. verzeichnet werden. Die Angaben für politische Zwecke, denen zurzeit die konservative Regierung bekanntlich besondere Aufmerksamkeit schenkt, belief sich im Jahre 1913 wahrscheinlich auf nicht mehr als 40 000 £ster. gegen 238 000 im Jahre 1923. 180 000 £ster. wurden von den Bergarbeitern, und 56 000 £ster. von den Transportarbeitern verausgabt. Im Jahre 1923 wachte die finanzielle Erholung der Gewerkschaften besonders schnell fort. Dies war auch nach den gewaltigen Streiks und Aussperrungen der beiden vorangegangenen Jahre, die fast 6 Millionen £ster. verschlangen, eine Notwendigkeit. Das Kapital der Gewerkschaften erhöhte sich im Jahre 1923 um fast 1 Million £ster., und die Fortschritte in diesem Jahre dürften noch größer sein. Finanziell schwer belastet waren in den Jahren 1921 und 1922 besonders die Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und Maschinenbauer, dann folgen die Bauarbeiter, Transportarbeiter, Textilarbeiter und ungelerten Arbeiter.

## Bemerktes.

**Die Abwanderung von Facharbeitern.** Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ berichtet, hat die Krise in der Werkzeugindustrie in den vergangenen Monaten eine beträchtliche Abwanderung von Facharbeitern zu anderen Industrien zur Folge gehabt, so daß es heute den Werken schwer fällt, befähigte Werkzeugmacher für besondere Arbeiten zu bekommen. Diese Abwanderung hat sich seit dem Kriege auch in anderen Industriezweigen, so auch im Baugewerbe, geltend gemacht. Ein guter Teil der Facharbeiter hat Deutschland überhaupt verlassen; der Hauptteil der ausgewanderten Industriearbeiter bildeten die bestens qualifizierten Facharbeiter. Auf diese Weise erwächst der deutschen Wirtschaft ein neues Problem, wie für entsprechenden Erfolg und Nachwuchs durch Errichtung von Berufsschulen und geregelte Lehrlingsausbildung gesorgt werden soll.

**Die verschwundenen Angestellten- und Arbeiternochfahrtsfonds.** Vor dem Kriege entfielen im Durchschnitt auf jede Aktiengesellschaft 69 000 Goldmark auf die Angestellten- und Arbeiternochfahrtsfonds. Die neuen Goldbilanzen zeigen das Zusammenrumpfen, ja Verschwinden dieser Fonds. In den Eröffnungsbilanzen der Gesellschaften, die bereits vor dem Kriege bestanden und ihre Goldbilanzen bis September 1. J. aufstellten, betrugen diese Fonds 11 000 Goldmark je Gesellschaft, bei den 699 Bilanzen von Gesellschaften, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit gegründet wurden, im Durchschnitt 1400 Goldmark. Die Inflation hat auch diese Fonds hinweggeschwemmt.

**Ein Wiener Städtebauhöhung.** Der Lohnstatistik der „Wirtschaft und Statistik“ zufolge erhöhten sich die durchschnittlichen Tarifstädtebauhöhen in allen erfaßten Gewerbegruppen von September auf Oktober sowohl für gesetzte wie ungelerte Arbeiter um einen Prozent. Der durchschnittliche Tarifwochenlohn erhöhte sich für Gelehrte um 1,1 Proz. für Ungelehrte um 1,9 Proz. In diesem Monat haben sich aber selbst nach dem ganz unzureichenden Reichslebenshaltungsindex die Lebenshaltungskosten um mehr als 5 Proz. erhöht. In Wirklichkeit war die Erhöhung dieser Kosten ungleich größer. Die Schiebsprüche im Monat November, die in der Regel eine syrozentrische Lohnhöhung gewährten, waren deshalb vollkommen unzureichend, abgesehen davon, daß sie mit die Preiserhöhung vom Oktober berücksichtigten.

Im übrigen hat die amtliche „Wirtschaft und Statistik“ diesmal nur die Neuverhältnisse, nicht aber auch die Realstöhne ausgerechnet und bei der Auseinandersetzung der Kommunalhöhe bemerkte, daß sich die vorwiegend auf Tarifhöhe beruhender Befreiung der höchsten tarifmöglichen Altersstufen in den Hauptziffern der einzelnen Gewerbegruppen bezieht, nicht aber auf tatsächliche Arbeitsverdienste. Die Auseinandersetzung der amtlichen Lohnstatistik war also unzweckmäßig, denn die in ihr aufgestellten Lohnhöfe wurden in der Regel irrtümlicherweise — ob auch absichtlich — als tatsächliche Arbeitsverdienste hingestellt.

**Ein gefährliches Gift.** Methylalkohol ist in Geruch und Geschmack vom trinkbaren Branntwein nur schwer zu unterscheiden. Das hat schon häufig zu entsetzlichen Vergiftungen geführt. So sind vor einigen Wochen in der Sprengstofffabrik Sieblebisch bei Köln zwei Arbeiter dadurch verunglückt, daß sie aus einer Flasche, in der sie Branntwein vermischt, Methylalkohol tranken. Der eine Arbeiter starb am nächsten Tage,

der andere ist erblindet. Der „Proletarier“, das Verbandsorgan der Feuerarbeiter, fordert jetzt mit erhöhtem Nachdruck, daß dieses gefährliche Gift als solches deutlich gekennzeichnet und ihm offiziell der Name „Methanol“ gegeben werde, der in Amerika bereits eingeführt ist. Durch diese Namensänderung, die auch von der chemischen Industrie anderer Länder gewünscht wird, kann wenigstens das Risiko gedämpft werden. Um auch die Arbeiter in der chemischen Industrie, wo Methanol (Methylalkohol) weitgehende Verwendung findet, vor Schaden zu bewahren, wäre dem Vorschlag auf Füllung des Methanols Rechnung zu tragen. Der wirksame Schutz gegen Methylalkohol wäre allerdings, wie wir diesen Vorderungen hinzugeben wollen, die völlige Entzulassung von allen Branntweinen oder diesen ähnlichen Getränken.

**Bebes zweite Hans eine Schantspätte!** Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin zählte Alt-Berlin bei rund 25 200 bebauten Grundstücken 11 000 Wohnungsbaustütten, einschl. Kleinhandlungen mit Branntwein. Auf jedes Haus und auf durchschnittlich 180 Einwohner kam eine Schantspätte. In ganz Groß-Berlin war es nicht ganz so schlimm; da kamen auf rund 87 500 bebauten Grundstücken 19 276 Schantspätten, immerhin je eine auf 200 Einwohner. Dazu gehören noch folgende Ziffern: In demselben Jahre wurden wegen Trunkenheit bei der Polizei eingeliefert 10 104 Personen.

## Die neuen Lohnzettel

gemäß Schiedsspruch vom 9. Dez., gültig ab 1. Dez. 1924.

	Gr.-Bln.	Lohnzettel A.		
		A Pf.	B Pf.	C Pf.
<b>Facharbeiter</b>				
im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	36	32	31	30
bis 20 Jahre	44	38	36	35
20 bis 24 Jahre	52	46	43	42
über 24 Jahre	56	50	47	46
<b>Allordbasis</b>	71	63	59	58
<b>Sonst. Arbeiter</b>				
16 bis 18 Jahre	31	28	26	25
18 bis 20	38	34	32	31
20 bis 24	44	39	37	36
über 24	49	44	42	41
<b>Allordbasis</b>	62	55	53	51
<b>Facharbeiterinnen</b>				
im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	22	20	18	17
bis 20 Jahre	27	24	23	22
über 20	38	30	28	27
<b>Allordbasis</b>	42	37	36	35
<b>Sonst. Arbeiterinnen</b>				
16 bis 18 Jahre	20	18	16	15
18 bis 20	24	22	21	19
über 20	30	26	25	24
<b>Allordbasis</b>	37	33	31	30
<b>Lohnzettel B.</b>				
Gr.-Bln.	A Pf.	B Pf.	C Pf.	
<b>Facharbeiter</b>				
im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	41	37	35	34
bis 20 Jahre	50	45	43	41
20 bis 24 Jahre	59	53	49	47
über 24 Jahre	65	58	55	53
<b>Sonst. Arbeiter</b>				
16 bis 18 Jahre	34	30	29	27
18 bis 20	41	38	39	35
20 bis 24	48	44	42	41
über 24	54	48	46	45
<b>Facharbeiterinnen</b>				
im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit	24	23	22	21
bis 20 Jahre	32	29	27	26
über 20	38	34	32	31
<b>Sonst. Arbeiterinnen</b>				
16 bis 18 Jahre	21	19	17	16
18 bis 20	26	24	23	22
über 20	32	29	27	26

## Von der Keramikindustrie.

### Preiserhöhungen für Porzellan.

Nach dem „Keramos“ vom September 1924 haben sowohl der Verband Deutscher Fabriken für Gebrauchs-, Tier- und Kunsporzellan, wie der Verband Deutscher Porzellangeschäftsfabriken seit ihren Sitzungen am 4. August und 12. August d. J. den noch aus der Inflationszeit stammenden Preis mit Ausschlag endgültig verlassen und sind zu neuen Nettopreisen bereits über gegangen oder im Übergang begriffen. Um diese Nettopreise zu finden, haben sich die betreffenden Fabriken zwei Maßstäbe zu eigen gemacht. Der eine Maßstab sind die Gestehungskosten. In einer Reihe von Kommissionssitzungen sind sämtliche wichtigen Artikel auf Grund der aktuellen Gestehungskosten neu durchfasst worden. Es ist zunächst unabhängig von dem, was marktmäßig möglich ist, festgestellt worden, wie hante der Preis den Gestehungskosten entsprechend sein mühte. Dabei hat sich gezeigt, daß der heute verlangte Preis bei einer ganzen Reihe von Artikeln genügt, daß andererseits bei einer Kategorie von Baren, nämlich bei Schalen-Unterglasurdekor, eine Erhöhung von 10 Proz. gegenüber dem heutigen Preis möglich ist. Die Artikel, die eine Erhöhung erfahren, sind solche Artikel, die in der Kriegszeit im Einvernehmen mit der Handelskraft unter sogenannten Stammpreisen auf den Markt gebracht wurden. Bei ihnen betrugen die Nettopreise gegenwärtig gegenüber dem Preis von 1914 je nach der Art des Artikels 38, 40 und circa 50 Proz., wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Artikel vor dem Krieg enorm billig waren und nur gehalten werden konnten durch andere Artikel, die herbstmäig mehr einbrachten. Diese anderen Artikel sind aber inzwischen nicht so hoch im Preis gestiegen, daß von ihnen aus heute noch ein Ausgleich kommen könnte.

Die nach Meldung der oben gemachten Mitteilung neu errechneten Nettopreise, auf die im übrigen bei Zahlung innerhalb 21 Tagen noch ein dreiprozentiger Warenrabatt gewährt wird, der die effektive Erhöhung einzelner Kosten noch weiter ab schwächt, würden zweifellos nicht zur Einführung gekommen sein, wenn man die Neuerungen nicht aufgefordert hätte. Die Fabrikanten haben sich jedoch nicht aufgefordert.

Die nach Meldung der oben gemachten Mitteilung neu errechneten Nettopreise, auf die im übrigen bei Zahlung innerhalb 21 Tagen noch ein dreiprozentiger Warenrabatt gewährt wird, der die effektive Erhöhung einzelner Kosten noch weiter ab schwächt, würden zweifellos nicht zur Einführung gekommen sein, wenn man die Neuerungen nicht aufgefordert hätte. Die Fabrikanten haben sich jedoch nicht aufgefordert.

### Soweit der „Keramos“.

Daraus geht einmal hervor, daß die Porzellansfabrikanten seit Ende November 1923 auskömmliche Preise hatten, mit denen sie trotz Lohnerschöpfungen sehr gut durchkamen. Als die allgemeine Wertsteigerung der Lebensmittel eintrat, die aber keine Lohnerschöpfungen vom Juni bis Dezember zur Folge

hatte, benutzten die Fabrikanten das geringere langsamere Steigen der Produktionskosten zu einer allgemeinen Preissteigerung. Sie gingen dabei nicht gerade simpliciter vor und erhöhten ihre Preise bis zu 50 Proz., ohne daß der Vorratsteil im geringsten sich erhöht hatte. Die Lohn- und Gehaltszahler bekamen jedoch nicht einen Bruchteil von dieser Regulierung; der gestiegene Produktionskosten gänzlich durch Steuern nachgelöst wurden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Vorratsteigerung der Lebensmittel in Aussicht stehenden Vorräten, nur die Arbeiter haben sie nicht erhalten. Erst ab Dezember traten geringfügige Lohnregulierungen ein, und diesen Anlaß beruht der Verband Deutscher Porzellangeschäftsfabriken G. m. b. H. Berlin, in einem Schreiben vom 13. Dezember 1924 an seine Bevölkerung mit einer weiteren Preissteigerung herauszutreten. Als Begründung führt er an: „Die in den letzten Monaten eingetretene Steigerung der Produktionskosten, sowie die Höhung der Löhne und Gehälter haben bewirkt, daß schon seit längerer Zeit die Gestehungskosten in keiner Weise mehr gedeckt werden. Um der Produktionssteigerung einzigenmaßen zu folgen . . .“ folgende Beschlüsse in Kraft treten:

1. Der Verband Deutscher Porzellansfabriken wird gleichzeitig mit dem Verband Deutscher Fabriken für Gebrauchs-, Tier- und Kunsporzellan anstelle einer 10prozentigen Kreuzprämie ab 1. Januar 1925 eine solche von 5 Proz. gewähren.

2. Mit Wirkung vom 15. Dezember 1924 werden alle Fabriken mit einem syrozentigen Verbandsaufschlag versehen, der auf dem Nettowarenbetrag liegt. Dieser Aufschlag wird unter Zugrundelegung eines Anfangsvertrages von 1 Proz. und eines Sakes für Luxusstiere von 10 Proz. beschlossen.

Man ersieht daraus, um Gründe sind die Porzellansfabrikanten nie verlegen, und längst sind sie auch nicht. Wenn sie bei Lohnverhandlungen den Arbeitervertretern und Schlichtern gegenüber so großzügig verfahren würden, wie sie zur Begründung ihrer Preiserhöhung vorgeben, könnten sich die Arbeiter freuen.

Wir möchten den Händlern und der Oeffentlichkeit gegenüber feststellen, daß die Begründung Widersprüche aufweist und daß die Preiserhöhung der Erhöhung der Gestehungskosten keineswegs entspricht, sie ist viel zu hoch.

In der Begründung heißt es in bezug auf die Gestehungskosten, sie seien schon seit längerer Zeit in keiner Weise mehr gedeckt worden. Man lese oben noch einmal nach, was der „Keramos“ im September, also vor drei Monaten, schreibt: bereits übergegangen oder im Übergang begriffen. Die Zeit kann demnach nicht etwa lange her sein.

Dann macht die eingetretene Lohnhöhung höchstens ein Sechstel der Preissteigerung von 10 Proz. aus. Negiert man noch ein Sechstel für Produktionssteigerung hinzu — das ist reichlich — so ergeben sich vier Sechstel reiner Profit nach einer Preisregulierung, von der die Arbeiterschaft keinen Brummig bekommt; nicht einmal die Friedensstädtekreise befamen die Arbeiter für die zu 50 Proz. aufgebesserten Kampftarifpreise.

Man sieht, die Unternehmer und ihrer Vertreter verstehen im Preisnachsen zu rechnen und zu „begründen“. Die Arbeiterschaft nutzt daraus lernen, daß die Unternehmer zahlen können, wenn sie gezwungen werden mit Hilfe einer geschlossenen Organisation. Frei

